November 2021
Länderbericht
Auslandsbüro Bulgarien

KONRAD ADENAUER STIFTUNG

Bulgarien erneut vor schwieriger Regierungsbildung

Thorsten Geißler

Noch sind nicht alle Stimmen ausgezählt, und auch die genaue Verteilung der 240 Sitze des Parlaments wurde noch nicht ermittelt, aber Gewinner und Verlierer der dritten Parlamentswahl in diesem Jahr in Bulgarien stehen fest.

Unmittelbar nach Schließung der Wahllokale am Abend des 14. November veröffentlichten zwei Meinungsforschungsinstitute Exit Polls, die beide zu dem gleichen Ergebnis kamen: Die neue Partei „Wir setzen den Wandel fort“ (PP), die erst im September offiziell gegründet worden war, ist stärkste politische Kraft geworden – damit hatte im Vorfeld der Wahl niemand gerechnet, der Partei waren höchstens 17 % der Stimmen zugetraut worden.

Die neue Partei ist zum neuen Hoffnungsträger vielen Bulgarinnen und Bulgaren geworden, die sich nach Wandel sehnen und die der neuen Kraft glauben, Korruption konsequent zu bekämpfen, Regierung und Verwaltung mit kompetenten und ehrlichen Personen zu besetzen und die Justiz zu reformieren.

Die neue Partei steht unter Führung zweier ehemaliger Minister der von Staatspräsident Rumen Radew am 12. Mai eingesetzten Interimsregierung, die am 16. September bereits ihren Rücktritt erklärt hatten, um an die Spitze der von ihnen gegründeten Partei zu treten: Kiril Petkow, bis dahin zuständig für Wirtschaft und Asen Wassilew, zuständig für Finanzen.

Der 41-jährige Petkow hat zunächst in Vancouver und anschließend in Harvard studiert, dort hat er den Grad eines Masters of Business Administration erworben. Von 2001 bis 2005 hat er für das kanadische Unternehmen McCain Foods gearbeitet, dann kehrte er nach Bulgarien zurück und gründete ein Unternehmen für Nahrungsergänzungsmittel sowie gemeinsam mit anderen Geschäftsleuten das Center for Economic Strategies and Competitiveness. Das Verfassungsgericht Bulgarien urteilte Ende Oktober, die Ernennung Petkows zum Minister sei unwirksam gewesen, da dieser neben der bulgarischen auch die kanadische Staatsangehörigkeit hatte. Petkow hatte dies nicht angegeben, geschadet hat ihm dies nicht, die kanadische Staatsangehörigkeit hat er unterdessen aufgegeben.

Auch Asen Wassilew (44) ist Harvard Absolvent und Unternehmer. Er war bereits einmal Mitglied einer Interimsregierung, 2013 wurde er vom damaligen Staatspräsidenten Rossen Plewneliew zum Minister für Wirtschaft, Energie und Tourismus ernannt. Während seiner damaligen kurzen Amtszeit wechselte er die Führungsspitze mehrerer staatlicher Energieunternehmen aus und kritisierte die hohen Energiepreise in Bulgarien - einem Land, das mehr Elektrizität erzeugt, als es benötigt.

Die neue Partei verspricht besser bezahlte Arbeitsplätze durch wirtschaftliche Innovationen, kein Bulgare soll unterhalb der Armutsgrenze leben, einen Ausbau des Verkehrsnetzes, Reformen im Bildungs- und im Gesundheitswesen, eine Stärkung der Landwirtschaft und stellt Fortschritte auf vielen anderen Politikfeldern in Aussicht, im Ergebnis aber ist der Erfolg der neuen Partei darauf zurückzuführen, dass sie von zwei relativ jungen Männern geführt

wird, die neben einem hohen, an einer Eliteuniversität erworbenen Bildungsabschluss eine erfolgreiche Laufbahn als Unternehmer vorweisen können und denen viele Bulgaren abnehmen, dass sie Korruption bekämpfen und die Justiz reformieren werden.

Über eine Infrastruktur in der Fläche verfügt die gerade einmal zwei Monate alte Partei nicht, aber sie konnte nicht nur eine Liste mit zwar politisch eher unerfahrenen, beruflich jedoch qualifizierten Parlamentskandidatinnen und -kandidaten aufstellen und ein für bulgarische Verhältnisse recht ausführliches Wahlprogramm erarbeiten - die Partei führte auch einen sehr kostspieligen Wahlkampf, vor allem im Internet und in den sozialen Medien. Dies alles spricht dafür, dass die Gründung der neuen Formation seit langem vorbereitet wurde, dabei dürfte Staatspräsident Rumen Radew eine maßgebliche Rolle gespielt haben.

Erneut auf dem zweiten Platz landete das Wahlbündnis GERB/SDS, das auf 22, 8 % kam, sämtliche Meinungsumfragen im Vorfeld der Wahl hatten prognostiziert, dass die beiden EVP-Parteien mit ca. 24 % bei dieser Wahl stärkste Kraft würden. GERB/SDS haben damit gegenüber der vorangegangenen Wahl nur unwesentlich verloren, am 11. Juli betrug deren Ergebnis 23, 5 % der Stimmen. Allerdings hatten GERB/SDS im April noch 26, 2% erzielt, bei der Wahl 2017 war GERB auf 32,7 %, gekommen. GERB/SDS repräsentieren bürgerliche Wählerinnen und Wähler, die weniger auf „Wandel“, als auf „Sicherheit und Stabilität“ setzen, die die soliden Wirtschaftsdaten, die die GERB-Regierung unter Bojko Borissow vorweisen konnte, zu schätzen wissen: überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum, geringe Arbeitslosigkeit, niedrige Inflation, geringe Staatsverschuldung. GERB/SDS konnten bei dieser Wählerschicht auch mit dem Argument punkten, dass sich Bulgarien unter Führung Borissows einen angesehenen Platz innerhalb der EU erarbeitet hatte, nicht zuletzt durch die erfolgreiche Ratspräsidentschaft 2018.

Drittstärkste Kraft wurde die inoffizielle Partei der türkischen Minderheit DPS (Bewegung für Rechte und Freiheiten), sie erzielte mit 13, 2 % der Stimmen (10, 5 % im April, 10, 7 % im Juli) ein ausgesprochen gutes Ergebnis, profitierte offensichtlich von den zusätzlich besonders in der Türkei neu eingerichteten Wahllokalen. Es schadete der Partei auch nicht, dass der umstrittene und von den USA mit einem Einreiseverbot belegte Medienunternehmer Deljan Pejewski diesmal erneut für sie antrat, nachdem er sich zeitweilig aus der ersten Reihe der Politik zurückgezogen hatte.

Zu einem Debakel wurde die Wahl für die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP), die nur auf 10,3 % der Stimmen kam. Die BSP hatte bereits im April im Vergleich zur Wahl 2107 ca. 12 % verloren und war nur noch auf 15 % gekommen, rutschte im Juli weiter auf 10,7 % ab. Sie punktet nur noch bei älteren Menschen im ländlichen Raum, die die sozialistische Vergangenheit Bulgariens verklären, bei jüngeren, gebildeten, urbanen Bulgarinnen und Bulgaren kann sie mit ihrer nationalpopulistischen Rhetorik und ihrer erzkonservativen Gesellschaftspolitik (die BSP hat u.a. die Ratifizierung der Istanbuler Konvention wütend bekämpft) nicht punkten. Innerparteilich ist die Partei zerstritten, ihre Vorsitzende Kornelia Ninowa hat nach der Wahlniederlage ihren Rücktritt erklärt.

Abgestürzt ist die Partei des TV-Moderators und Sängers Slawi Trifonow „Es gibt so ein Volk“ (ITN), die nur noch auf 9,6 % der Stimmen kam. Im April hatte die junge Kraft aus dem Stand 17,6 % erzielt, weigerte sich jedoch anschließend, auch nur den Versuch einer Regierungsbildung zu unternehmen, nachdem GERB/SDS als stärkste Kraft damit keinen Erfolg gehabt hatten. Aber viele Bulgarinnen und Bulgaren hatten Gefallen an den populistischen Forderungen der Partei, Halbierung der Parlamentssitze, drastische Reduzierung der Wahlkampfkostenerstattung für die Parteien, Kürzung der

Abgeordnetenentschädigung, nahmen der Partei auch ab, dass sie Korruption entschlossen bekämpfen würde. Auch polemisierte Trifonows TV-Sender gegen die Corona-Maßnahmen der Regierung und fand damit Gehör, und so wurde ITN bei der Wahl im Juli mit 24 % stärkste Kraft. Aber dann überspannte Trifonow den Bogen, erhob unmittelbar nach der Wahl den Anspruch, eine Alleinregierung zu stellen und präsentierte öffentlich ein komplettes Kabinett. Natürlich ließ sich darauf keine andere Partei ein, und Trifonow musste den Auftrag zurückgeben, eine Regierung zu bilden. Dem Anspruch, Bulgarien zu verändern, war er durch sein antisystemisches Verhalten nicht gerecht geworden, dafür haben ihm viele Wählerinnen und Wähler nun die Quittung erteilt.

Enttäuschend ist das Ergebnis auch für das „Demokratische Bulgarien“ (DB). Dieses Bündnis aus „Ja, Bulgarien“ unter Führung des ehemaligen Justizministers Hristo Iwanow, der EVP-Mitgliedspartei „Demokraten für ein Starkes Bulgarien“ (DSB) und den Grünen stellt traditionell die Themen Korruptionsbekämpfung und Justizreform in den Mittelpunkt seiner Programmatik, hat seine Anhängerschaft daher vorwiegend bei jüngeren, gut gebildeten urbanen Bulgarinnen und Bulgaren. Nach 9,5 % im April kletterte das Bündnis im Juli auf 12,6 %, jetzt kam es nur noch auf 6,2 %. Am Tag nach der Wahl verkündete Hristo Iwanow seinen Rücktritt als Parteivorsitzender, ihm schloss sich die gesamte Führung von „Ja, Bulgarien“ an.

Eine weitere Protestbewegung ist seit der jüngsten Wahl zunächst von der politischen Bühne verschwunden, das Wahlbündnis „Steh auf! Fratzen raus!“ unter Führung der ehemaligen Ombudsfrau Maja Manolowa. Im April hatte es 4,7 % der Stimmen erzielt, im Juli 5 %, jetzt scheiterte es mit 2,3 % an der 4 % Hürde.

Die traditionellen nationalistischen Parteien WMRO, Ataka und NSFB, die bis zum April noch Teil der Regierung waren, blieben auch bei dieser Wahl chancenlos, aber eine neue radikale Kraft hat mit 5,9 % überraschend den Sprung ins Parlament geschafft: Wasraschdane (Wiedergeburt) forderte im Wahlkampf die Aufhebung aller Corona-Maßnahmen, sie fordert die Vereinigung Nordmazedoniens mit Bulgarien, die Partei gibt sich stark russophil, bei ihren Kundgebungen werden russische Fahnen geschwungen und Putin-Bilder gezeigt.

Die voraussichtliche Sitzverteilung im Parlament wird wie folgt aussehen:

PP 69 Mandate, GERB/SDS 60 (- 3), DPS 30 (+ 1), BSP 27 (- 9), ITN 24 (- 41), DB 17 (- 17), Wasraschdane 13.

Bei der **Präsidentenwahl** erzielt Amtsinhaber Rumen Radew 49,4 % der Stimmen, er geht damit als haushoher Favorit in die Stichwahl am 21. November, bei der er auf den Rektor der Sofioter Universität Anastas Gerdschikow trifft, der von GERB/SDS unterstützt wird und im ersten Wahlgang auf 22,4 % der Stimmen kam. Kostandin Kostadinow (Wasraschdane) erzielte 4 %, der Kandidat des Demokratischen Bulgarien Losan Panow kam auf 3,2 %. Beide scheiden damit ebenso aus wie die zahlreichen anderen Bewerberinnen und Bewerber, die auf marginale Stimmenanteile kamen.

Wie geht es weiter?

Das neue Parlament muss sich innerhalb eines Monats konstituieren, wird aber voraussichtlich noch in diesem Monat zusammentreten, da der Staatshaushalt verabschiedet werden muss.

Sollte Amtsinhaber Rumen Radew am kommenden Wochenende wiedergewählt werden, wird er zunächst Gespräche mit den Fraktionen führen, die untereinander z.T. bereits über eine Regierungsbildung sprechen.

Mit der Erteilung des Auftrags zur Regierungsbildung an „Wir setzen den Wandel fort“ wird er sich noch etwas Zeit lassen, denn dafür hat die beauftragte Partei dann nur eine Woche Zeit.

Kiril Petkow hat angekündigt, mit allen Parteien außer mit GER/SDS und DPS sprechen zu wollen, zu Wasraschdane hat er sich nicht geäußert, aber diese Partei dürfte für eine Regierungsbeteiligung nicht in Betracht kommen. Er wird versuchen, eine Regierung zu bilden, der neben einigen Ministern möglicher Koalitionsparteien vor allem auch Fachleute angehören.

Ein potenzieller Bündnispartner ist das Demokratische Bulgarien, das vor der Wahl auch eine Zusammenarbeit mit der PP nicht ausgeschlossen hat. Aber nach der Wahlniederlage muss sich das Bündnis neu aufstellen, wann dies erfolgt sein wird, ist nicht absehbar, und welche Haltung das Demokratische Bulgarien dann einnehmen wird, ist ebenso wenig vorherzusehen.

Für eine Koalition kommen auch Slawi Trifonow und seine ITN in Betracht, aber Trifonow ist unberechenbar, er muss seine bittere Wahlniederlage verschmerzen, hat das Wahlergebnis noch nicht kommentiert.

Doch selbst wenn diese drei Parteien kooperieren sollten, hätten sie nur 110 Sitze im Parlament statt der benötigten 120, ein vierter Partner würde benötigt.

Dafür käme als erste die BSP in Betracht, die dann ironischerweise trotz ihrer erneut schweren Niederlage Regierungsverantwortung mittragen würde. Ein solches Vierbündnis hätte mit 137 Abgeordneten eine klare Mehrheit im Parlament.

Für das Demokratische Bulgarien wäre eine Koalition mit der BSP allerdings ein Risiko, weitere Anhänger könnten sich enttäuscht abwenden.

Ein Bündnis aus PP, ITN und BSP käme nur auf 120 Parlamentssitze.

Sollte es „Wir setzen den Wandel fort“ nicht gelingen, eine Regierung zu bilden, kämen als nächstes GERB/SDS zum Zug.

Immer wieder gibt es Gerüchte, GERB/SDS, DPS und BSP seien bereit, eine Koalition zu bilden, aber die Führungen von GERB/SDS und BSP dementieren dies energisch, denn große Teile der Wählerschaften beider Parteien würden ein solches Bündnis wegen der ideologisch grundsätzlich verschiedenen Ausrichtung beider Formationen ablehnen, eine offizielle Zusammenarbeit mit der „türkischen“ DPS wäre zudem weder bei den Anhängern von GERB/SDS noch der BSP populär. Auch hätte ein solches Bündnis nur 117 Mandate. Würde es gelingen, Trifonows ITN mit ins Boot zu holen, so hätte eine solche Koalition mit 140 Mandaten eine solide Mehrheit, aber jede der beteiligten Parteien liefe Gefahr, mit einem solchen Bündnis Teile seiner Anhängerschaft zu verprellen.

Sollte es GERB/SDS nicht gelingen, eine Regierung zu bilden, so müsste der Staatspräsident danach nach freier Wahl eine andere im Parlament vertretene Kraft beauftragen, aber es ist mehr als zweifelhaft, dass dieser eine Regierungsbildung gelingen könnte, auch wenn sie dafür nicht den engen Zeitrahmen von einer Woche hätte, der bei den ersten beiden Anläufen zur Verfügung steht.

Sollte auch ein solcher Versuch scheitern, so würde das Parlament aufgelöst, dies dürfte aber nicht vor dem 22. Januar erfolgen, da dann die (erste) Amtszeit von Rumen Radew endet, der in den letzten drei Monaten seines Mandats das Parlament nicht mehr auflösen kann, die Übergangsregierung bliebe im Amt oder es würde eine neue vom Staatspräsidenten ernannt. Dann würde es innerhalb eines Jahres zu einer vierten Parlamentswahl kommen.

Für das Ansehen der parlamentarischen Demokratie wäre dies verheerend. Schon bei der jüngsten Parlamentswahl lag die Wahlbeteiligung bei knapp unter 40 %, auch hier irrten sich die Meinungsforscher, die wegen der gleichzeitig stattfindenden Parlaments- und Präsidentschaftswahl eine für Bulgarien hohe Wahlbeteiligung vorhergesagt hatten.
Sollte auch diesmal eine Regierungsbildung misslingen, so würde wohl auch die Forderung nach Einführung eines Präsidialsystems in der Öffentlichkeit erhoben werden. Eine solche grundlegende Verfassungsänderung kann aber vom Parlament nicht beschlossen werden, zuvor müsste eine Große Volksversammlung gewählt werden, bestehend aus 400 Abgeordneten, die dann die Verfassung mit 2/3 der Stimmen ändern könnte. Eine solche Große Volksversammlung aber würde nur gewählt, wenn das Parlament dies mit 2/3 seiner Mitglieder beschließen sollte. Eine solche Mehrheit zeichnet sich (derzeit) nicht ab.

Bulgarien steht also weiter vor schwierigen Zeiten. Die Bevölkerung setzt in Teilen auf „Stabilität und Sicherheit“ und wählt, wenn auch aus völlig unterschiedlichen Motiven, mehr oder weniger traditionelle Parteien, wie GERB/SDS, BSP und DPS, allerdings hat dieses Lager bei den Wahlen in diesem Jahr abgenommen. Ein derzeit ähnlich großes Lager setzt hingegen auf „Wandel bzw. Reform“ und ist bereit, neuen Parteien seine Stimmen zu geben, allerdings können diese Parteien auch schnell wieder zusammenschmelzen oder gar verschwinden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Thorsten Geißler
Leiter Auslandsbüro Bulgarien
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/bulgarien

thorsten.geissler@kas.de

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“,
CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: https://creativecom mons.org/licenses/ by-sa/4.0/legalcode.de)